Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002623/2023 an die Kommission

Artikel 138 der Geschäftsordnung

Gabriele Bischoff (S&D), Agnes Jongerius (S&D), Evelyn Regner (S&D), Tiemo Wölken (S&D), Ilan De Basso (S&D), Andreas Schieder (S&D), Nikolaj Villumsen (The Left), Katarína Roth Neveďalová (S&D), Estrella Durá Ferrandis (S&D), Marianne Vind (S&D), René Repasi (S&D), Petra Kammerevert (S&D), Katrin Langensiepen (Verts/ALE), Eugenia Rodríguez Palop (The Left), Özlem Demirel (The Left), Vilija Blinkevičiūtė (S&D), Milan Brglez (S&D), Rovana Plumb (S&D), Peter Lundgren (ECR), Carina Ohlsson (S&D), Elisabetta Gualmini (S&D)

Betrifft: Bemühungen der Kommission zur Verbesserung der Situation der unbezahlten Lkw-Fahrer in Gräfenhausen

Die von dem Unternehmen Mazur beschäftigten Lkw-Fahrer standen im März und April 2023 sechs Wochen streikend in Gräfenhausen, nachdem ihr Tätigkeit monatelang nicht vergütet worden war. Nur wenige Monate später streiken erneut mehr als 100 Lkw-Fahrer desselben Unternehmens. Die Mehrheit dieser Arbeitnehmer hat seit Monaten keine Lohn erhalten. Während die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft in der Region ihre Unterstützung für die Arbeitnehmer gezeigt haben, sind bislang weder das Unternehmen Mazur noch seine Partnerunternehmen in Erscheinung getreten, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden und Lösungen für die Arbeitnehmer zu finden. Solche illegalen und ausbeuterischen Praktiken werfen in Zeiten des Arbeitskräftemangels ein sehr schlechtes Licht auf die Arbeitsbedingungen in der EU für Drittstaatsangehörige.

- Beabsichtigt die Kommission, sich an der Suche nach einer Lösung zu beteiligen, um die bedauerliche Situation der Lkw-Fahrer in Gräfenhausen zu beenden?
- 2. Würde sie die Abhaltung von Gesprächen am runden Tisch unterstützen, um alle Interessenträger, einschließlich der Unternehmen entlang der Lieferkette, die vertragliche Beziehungen mit dem Unternehmen Mazur unterhalten, zusammenzubringen, um das Problem so schnell wie möglich zu lösen?
- 3. Was gedenkt sie zu unternehmen, um der Ausbeutung von Drittstaatsangehörigen auf dem Arbeitsmarkt der EU Einhalt zu gebieten?

Eingang: 12.9.2023